



Änderungsantrag

der CDU-Fraktion

Wachstumschancen nutzen - Verhandlungen über Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaften (TTIP und CETA) unterstützen

Drucksache 18/ 2394

Drucksache 18/ 2402

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass der Kern von endgültigen transatlantischen Abkommen (TTIP und CETA) der Schutz der hohen europäischen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz sein muss.

Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der EU und Kanada müssen sich an diesem Kern messen lassen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Ausklammerung weiter Teile der Europäischen Standards bei den TTIP-Verhandlungen und das klare fraktionsübergreifende Bekenntnis des Europäischen Parlaments zu weiterhin hohen Standards, sowie das Bemühen um Transparenz durch die Veröffentlichung des Verhandlungsmandates durch den Europäischen Rat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht die geplanten Abkommen als Teil der gemeinsamen Europäischen Gesetzgebung an und fordert deshalb die Landesregierung auf, sich aktiv am Ratifizierungsprozess über den Bundesrat zu beteiligen.

Die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den USA und der Europäischen Union wird in Schleswig-Holstein Wirtschaftswachstum herbeiführen und gut bezahlte hochwertige Arbeitsplätze schaffen.

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, gegenüber der Bundesregierung und Europäischen Union darauf zu bestehen, dass im Rahmen der Verhandlungen

1. auf einen weiteren Abbau von Zollhemmnissen sowie einen Abbau sogenannter nichttarifärer Handelshemmnisse, wie Importquoten, technischer Normen, Standards oder ähnlicher Zulassungsbeschränkungen hingewirkt wird. Das Ergebnis muss ein fairer und schnellerer Marktzugang auch für ausländische Unternehmen sein.
2. auf eine bessere Zusammenarbeit der jeweiligen Behörden hingewirkt wird, um doppelte Zulassungsverfahren zu vermeiden. Damit wird besonders kleinen und mittleren Unternehmen, die anders als multinational agierende Konzerne nicht über international aufgestellte Rechtsabteilungen verfügen, der Zugang zum US-Markt erleichtert.
3. über ein derartiges Freihandelsabkommen auch der Abbau von Subventionen geregelt wird. Dies bietet insbesondere für Schleswig-Holstein als dem Bundesland der Energiewende große Chancen für mehr Wettbewerb zugunsten erneuerbarer Energien.
4. größten Wert auf die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie auf den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge gelegt wird mit einem klaren Bekenntnis zu der Bedeutung der Daseinsvorsorge, der Wichtigkeit des Subsidiaritätsprinzips und somit der Erhaltung der Gestaltungshoheit der Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Diese Prinzipien müssen elementarer Inhalt eines endgültigen Abkommens sein.

Begründung

Die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen („TTIP“) werden durch zahlreiche Akteure öffentlich begleitet. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine sachliche Diskussion über Vor- und Nachteile eines solchen Abkommens ein. Wir begrüßen daher Initiativen wie die TTIP-Bürgerdialoge der Europa-Union, die den einseitigen Kampagnen diverser Organisationen und Verbände Informationen und echte Diskussionsmöglichkeiten entgegensetzen.

TTIP wird den derzeit größten Binnenmarkt der Welt schaffen, der sowohl für Europa als auch die USA wirtschaftliche Chancen bietet. In einer wachsenden Welt sind weitere Freihandelsabkommen absehbar. Gerade im Verhältnis zu China, Russland oder Indien ist eine gemeinsame Positionierung der westlichen Demokratien notwendig, um hohe Standards im Arbeitnehmer-, Umwelt- oder Verbraucherschutz weltweit zu unterstützen.

Besonders das Kapitel zum Investitionsschutz sorgt derzeit für erbitterten Streit. Falsch ist die weit verbreitete Annahme, dass Europa mit den Investitionsschutzklauseln Neuland beträte. 1959 war Deutschland das erste Land, das ein solches Abkommen in die Wege geleitet hat. Seitdem hat die Bundesrepublik mehr als 130 solcher Abkommen abgeschlossen – mehr als jeder andere Staat. Einen negativen Einfluss auf die hohen Umwelt- oder Sozialstandards in Deutschland hatte dies keineswegs. Angesichts weiterer möglicher Abkommen mit Ländern wie China, sollte die Kommission bei den Verhandlungen zu TTIP auf die bestmöglichen Regeln zum Investitionsschutz drängen und diese dann zum Maßstab für andere internationale Verträge erklären.

Johannes Callsen
und Fraktion